

## Politiker wollen Gewinnstreben bremsen

Energiepolitiker der Bundesratsparteien sind empört über die Tarifpraxis der Stromverteiler – und wollen handeln

Von Andreas Valda

**Zürich.** Die Kritik der Strommarktauf-sicht an die Adresse gewisser Netz-betreiber ist happig. «Manche Eigen-tümer verfolgen eine Profitmaximie-rung und sehen das Netz als eine Art Milchkuh», sagte die Elcom am Montag. Im Brennpunkt stehen die hohen Netz-gebühren gewisser Stromverteiler.

Diese Gebühren sollten nach Gesetz nur die Kosten decken. Doch offenbar gibt es etlichen Spielraum in der Berechnung, den einige Betreiber aus-reizen. Sie verrechnen ältere, vom Stromkonsumenten bereits bezahlte Trafos und Leitungen vom Kraftwerk bis zum Haus. Fehlen die Quittungen dafür, dürfen sie den Wert künstlich aus-rechnen und anteilmässig in Rechnung stellen. Die Branche nennt dies synthe-tische Netzbewertung. Je höher deren Anteil, umso höher der Netztarif. Die Folge: «Strombezügler an gewissen Orten zahlen die Infrastruktur ein zweites Mal», so die Aufsicht. Doch welche Firmen betreiben Profitmaximierung? In der Schweiz sind rund 640 Stromver-teiler gemeldet, darunter viele kleine und einige grosse. Die Elcom sagt nicht welche es sind, es gelte das Behörden-geheimnis. Der Jahresbericht 2017 der Behörde zeigt in sechs Kantonen, in Bern, Jura, Obwalden, Uri, Glarus und Schaffhausen sehr hohe Netzgebühren und in weiteren fünf, Basel-Stadt, Thur-gau, Luzern, Graubünden und Neuen-burg hohe Tarife.

### Eine halbe Milliarde mehr

Wie stark sich die Aufwertungen auswirken, zeigt der Elcom-Jahres-bericht von 2013. Damals stiegen die genehmigten Netzgebühren in einem Jahr um eine halbe Milliarde auf 4,9 Milliarden Franken. Diese Erhöhung hatte zwei Hauptgründe: Erstens eine höhere gesetzliche Verzinsung der Anlagen. Sie machte 180 Millionen Franken aus. Und zweitens «diverse Gerichtsentscheide», die erlaubten, dass die Stromverteiler ältere Anlagen stärker in Rechnung stellten, total geschätzt 320 Millionen Franken mehr.

Diesen happigen Aufschlag gewäh-erte Elcom nicht freiwillig. Sie wollte die Aufwertung begrenzt haben, die BKW wollte eine starke Aufwertung und gewann vor Bundesgericht. Seitdem haben viele Stromverteiler ihre Anlagen aufgewertet.

Führende Energiepolitiker aller Bundesratsparteien geben sich über-

rascht. «Diese Aufwertung war nie ein Thema in der Energiekommission», sagen sie unisono. «Dass Stromkon-sumenten die Anlagen ein zweites Mal über Netzgebühren zahlen, geht nicht», sagt SP-Fraktionschef Roger Nord-mann. «Da werden im Monopol gefangene Konsumenten gemolken. Das ist nicht akzeptierbar», ärgert sich auch Nationalrat Stefan Müller-Alter-matt (CVP, SO).

### Verleitendes Gesetz

Ein grösseres Problem sieht FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen (BE): «Mit all diesen Mitteln versuchen die Energieverteiler, möglichst viel und auf ihr Geschäftsmodell optimiert zu verrechnen.» Zudem gebe es einen einkalkulierten Gewinn auf dem Konsu-mentenpreis. Das Gesetz verleite Unter-nehmen geradezu, dies zu tun. Dies sei zu ändern. SVP-Energiepolitiker Chris-tian Imark (SO) fordert, «die Politik sollte sich dieser Praxis annehmen, um ungerechtfertigte Gewinne und über-höhte Netzkosten für die Allgemeinheit zu verhindern».

### Führende Energiepolitiker sind überrascht über die Aufwertungen.

Imark und Müller-Altermatt wollen mit dem Bundesrat die aufgeworfenen Probleme klären. Von Interesse wäre eine Liste, die zeigt, welcher Stromverteiler in welchem Umfang alte Anlagen, die bereits abbezahlt waren, im Jahr 2008 neu bewertete und in Rechnung stellt. Und wie hoch die künstliche Bewertung ist. Müller-Altermatt und Wasserfallen wollen die doppelt bezahlten Netz-gebühren mit der laufenden Gesetzes-revision überprüfen. SP-Politiker Nord-mathynn sagt, die «exzessiven Gewinne aus dem Stromnetzmonopol müssen gestoppt werden». Das Hauptproblem aber sei, dass im Monopol tätige Firmen eine hohe Rendite erzielen, um teilweise private Aktionäre zu bedienen, denen sie verpflichtet sind.

Doch der Sozialdemokrat warnt vor zu grosser Hoffnung auf Korrekturen. «Grössere Stromfirmen haben oft einen riesigen Stab von Juristen, darunter darauf spezialisierte Anwaltskanzleien. Sie werden jede Verschärfung juristisch torpedieren, denn es geht ihnen um Hunderte Millionen.



Unterschiedliche Berechnungsmethode. Strombezügler zahlen teilweise die Infrastruktur ein zweites Mal. Foto Keystone

## 1100 Franken statt 740 Franken

Ein Fall zeigt, wie stark die Bernischen Kraftwerke über dem Mittelwert liegen

**Orpund/Safnern.** Die benachbarten Gemeinden Orpund und Safnern bei Biel sind von der Geografie her einan-der ähnlich. In Safnern zahlt ein Vier-personenhaushalt 313 Franken pro Jahr Netzgebühr. In Orpund kostet sie 518 Franken. Im günstigen Safnern sind die Gemeindewerke der Stromver-teiler. In Orpund hingegen verteilt der Koloss BKW die Energie. Die Gemein-dewerke arbeiten selbsttragend, die BKW muss den Aktionären, darunter dem Kanton Bern, Gewinne liefern.

Die Elcom berechnete einen Mittel-wert für Gemeinden wie Orpund und Safnern, wo die Betreiber ein ländliches Netz mit wenig Haushalten pro Leitung bedienen. Dieser Mittelwert beträgt 381 Franken für einen vierköpfigen Haushalt und ist auf der Elcom-Home-page publiziert. Das heisst, dass die

Gemeindewerke Safnern günstig sind und die BKW mit 120 Franken weit über dem Durchschnitt.

### Unter Erklärungsdruck

Eine Wahl haben die Orpunder nicht, denn sie müssen die Energie vom lokalen Monopolisten beziehen. Obendrauf kommen die Energiekosten, Steuern und Abgaben. Die ganze Stromjahres-rechnung macht in Orpund 1100 Fran-ken aus, in Safnern bloss 740. Solche Unterschiede zwischen Nachbar-gemeinden findet man in vielen Kanto-nen. Mit der geplanten Strom-liberalisierung Doris Leuthards hätten die Orpunder zwar die Wahl, die Energie von beliebiger Seite einzukaufen. Die Netzgebühr aber werden sie weiter-hin der BKW schulden. So steht die BKW unter Erklärungsdruck. Sie antwortet,

der Vergleich von Orpund mit Safnern sei unfair. Ihre Netzgebühr müsse im gesamten Versorgungsgebiet, rund 400 Gemeinden gleich sein, von den Alpen bis in den Jura. Einige Gebiete seien besonders teuer in der Erschliessung, andere nicht. Verrechnet werde der Durchschnitt. «Alle Haushalte bezahlen solidarisch fürs Netz, egal ob die Topografie am Wohnort einfach oder anspruchsvoll ist». Die Gemeindewerke Safnern hätten dieses Problem nicht. So könne ihre Netzgebühr tief sein.

Die BKW wehrt sich gegen den Vor-wurf, dass sie auf Kosten ihrer Kunden Profitmaximierung mit der Netzgebühr betriebe. «Das ist falsch», sagt ein Spre-cher. Die Bewertung des Strom-netzes entspreche dem effektiven Wert. «Sie ist von der Aufsichtsbehörde geprüft und anerkannt worden.» val

## Schwierige Verhandlungen

Baumeisterverband und Gewerkschaften ohne Ergebnis

**Bern.** Der Schweizerische Baumeister-verband (SBV) will im Arbeitskonflikt um einen neuen Landesmantelvertrag noch einmal seine Basis befragen. Gewerkschaften und Arbeitnehmende wollen bis nach der SBV-Delegierten-versammlung zuwarten und je nach deren Beschlüssen über weitere Protest-massnahmen entscheiden.

Die 18. Verhandlungsrunde zwischen den Gewerkschaften und dem Schweize-rischen Baumeisterverband fand gestern in Zürich statt. Letzterer bestätigte seine Bereitschaft, die Frührente 60 zu sanie-ren. Die höheren Arbeitnehmerbeiträge würden mit einer Lohnerhöhung kompensiert. Zum grossen Zankapfel, der Flexibilisierung der Arbeitszeit, enthält die Mitteilung der Baumeister keine neuen Angaben. Man habe Lösungswege aus-gelotet, welche die SBV-Spitze am 14. und 15. November ihrer Delegiertenver-sammlung unterbreiten will.

Nach den Protesttagen der Bau-arbeiter schienen die Baumeister ver-standen zu haben, dass sie mit ihren «radikalen Abbauforderungen» nicht durchkommen werden, schreibt die Gewerkschaft Unia in einer Mitteilung. Die Unia verlangt «substanzielle Lohn-erhöhungen» für die Bauarbeiter, die im Gegenzug die Sanierungskosten der Rente 60 übernehmen. SDA

## Thyssenkrupp lahmt

Eine Kartellstrafe in der Stahlsparte droht

**Düsseldorf.** Thyssenkrupp kommt auch unter dem neuen Chef nicht auf die Beine: Zu schleppenden Geschäf-ten mit Anlagen, Autoteilen und Aufzügen gesellt sich nun auch noch eine drohende Kartellstrafe in der Stahlsparte.

Der neue Konzernchef Guido Kerkhoff, gerade einmal seit dem Sommer im Amt, musste deshalb einräumen, dass der Industriekonzerne auch seine bereits nach unten korrigierten Ziele im abgelaufenen Geschäftsjahr verfehlt hat. An der Börse sorgte das gestern für einen regelrechten Ausverkauf. Die Aktie verlor zeitweise mehr als zwölf Prozent und verbuchte damit den höchsten Verlust innerhalb eines Tages seit Juni 2016. «Das zeigt, wie fragil das Geschäft ist und schwächt das Ver-trauen in den Vorstand noch weiter, der die Probleme einfach nicht in den Griff bekommt», sagte Portfolio-manager Ingo Speich von Union Invest-ment. «Thyssenkrupp ist immer noch ein Koloss auf tönernen Füßen.»

### Gewinn eingebrochen

Die vollständige Bilanz stellt Kerkhoff am 21. November vor. Aber schon jetzt ist klar, dass die Zahlen für 2017/18 (per Ende September) eine Enttäuschung sind. Der operative Gewinn ging auf 1,6 (Vorjahr: 1,7) Mil-liarden Euro zurück. Der Überschuss

schmolz von 271 auf 100 Millionen Euro. Erst Ende Juli – wenige Wochen nach dem Rücktritt seines Vorgängers Heinrich Hiesinger – hatte Kerkhoff die damalige Prognose eingedampft und ein bereinigtes Ebit von rund 1,8 Mil-liarden Euro in Aussicht gestellt sowie einen Überschuss deutlich über dem Vorjahr.

### Die Euphorie ist weg

Am Markt ist die Euphorie über die vor wenigen Wochen angekündigte Aufspaltung des Konzerns schon wieder verfliegen. Kerkhoff will den Konzern aufteilen – in eine Industrials AG, zu der unter anderem die lukrative Aufzugs-sparte gehören soll, und eine Materials AG mitsamt der Beteiligung an dem geplanten Stahl-Joint-Venture mit Tata Steel.

Das Unternehmen war früher öfter zu hohen Kartellstrafen verdonnert worden. In der Branche hatte es Absprachen nicht nur beim Stahl und Edel-stahl, sondern auch bei Eisenbahn-schiennen und Aufzügen gegeben. Thyssenkrupp Steel Europe AG sei neben anderen Firmen und Verbänden der Stahlbranche Gegenstand laufender Ermittlungsverfahren des Bundeskar-tellamts zu mutmasslichen Kartellab-sprachen der Vergangenheit, hatte der Konzern am Donnerstagabend erneut gewarnt. SDA

## Baselbieter Kantonalbank will Filiale am Barfüsserplatz eröffnen

Standortwahl als Kampfansage an Basler Kantonalbank

Von Christoph Hirter

**Basel.** Die Baselbieter Kantonalbank wagt den Sprung über die Kantons-grenze. Sie plant, an bester Lage am Barfüsserplatz eine Filiale zu eröffnen. Die Niederlassung soll im Vögele-gebäude eingerichtet werden, in dem zuletzt der italienische Kleiderhändler OVS erfolglos geschäftete. Die BLKB will am neuen Standort sowohl Firmen-als auch Privatkunden bedienen.

Der Schritt ist eine Kampfansage an die Basler Kantonalbank: Bis heute führt keines der beiden Finanzinstitute eine Niederlassung im Revier des Kon-kurrenten. Die Baselbieter betreiben nur eine kleine, exklusive Filiale für ver-mögende Privatkunden am Bankverein, die so unscheinbar beschriftet ist, dass sie Passanten kaum auffällt. Die neue Filiale am Barfüsserplatz dürfte hin-gegen nicht mehr zu übersehen sein. Ende 2019 soll sie eröffnet werden und Arbeitsplätze für rund 20 Mitarbeiter bieten.

Die Baselbieter begründen ihre Expansionspläne damit, dass täglich rund 25 000 BLKB-Kunden zur Arbeit nach Basel pendeln. «Dass wir ihnen auch in die Stadt folgen, ist Teil unserer Strategie, dort zu sein, wo unsere Kun-den sind», sagte Bankchef John Häfel-finger. Hinzu kommen rund 12 000 Kun-

den, die in Basel wohnen. Auf Nach-frage heisst es, dass mit der Filiale aber auch neue Kunden angesprochen wer-den sollen – sowohl im Private-Banking-wie auch im Privat- und Unternehmens-kundensegment.

### Neue Kunden, neue Geschäfte

Dass die BLKB neue Geschäftsfelder erforscht, überrascht nicht. Denn ihre wichtigste Einnahmequelle, das Hypo-thekengeschäft, steht seit Jahren unter Druck. Grund dafür sind die anhaltend tiefen Zinsen. Die Bank vergibt zwar mehr Hypotheken, verdient aber an jedem einzelnen Kredit weniger. Auf der Suche nach neuen Geschäftsfeldern ist das BLKB nun offenbar in Basel-Stadt fündig geworden, wo eine andere Kund-schaft wohnt als im Baselbiet.

Das Geschäft mit Hypotheken hat in der Stadt eine geringere Bedeutung als im Baselbiet, da es aufgrund geografi-scher Gegebenheiten deutlich weniger Einfamilienhäuser gibt. Handkehrum ist das Firmenkundengeschäft wichti-ger. Dies ist denn auch das Kerngeschäft der Basler Kantonalbank.

Dass die Basellandschaftliche Kan-tonalbank nun auf basel-städtischem Boden Fuss fassen will, nimmt man bei der BKB sportlich: «Konkurrenz belebt das Geschäft», kommentiert Medien-sprecher Patrick Riedo.